

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Ralph Guise-Rübe

**Das Problem des
Nachschiebens von Verfahrensrügen
in der Revision des Strafprozesses**

**Shaker Verlag
Aachen 1997**

G L I E D E R U N G

	Seite
Einleitung	1
1. Teil: Der strafprozessuale Hintergrund der Fragestellung	5
1. Kapitel: Die der Fragestellung zugrundeliegenden Fallgruppen	5
2. Kapitel: Die revisionsrechtliche Einordnung der Fragestellung	6
<u>A. Der Zweck des Rechtsmittels der Revision</u>	6
I. Die Notwendigkeit einer Zweckbestimmung	6
II. Die Zweckbestimmung der Revision	7
<u>B. Der Zweck der Verfahrensrüge</u>	10
I. Die Differenzierung zwischen Sach- und Verfahrensrüge	10
II. Zweck und Wesen der Verfahrensrüge	12
1. Der generelle Zweck	12
2. Beschränkung der Revisibilität	13
a) Einschränkung durch Ordnungs- und Sollvorschriften	13
b) Einschränkung durch die Rechtskreis- theorie des BGH	14
3. Unterscheidung in absolute und relative Revisionsgründe	15
4. Verwirklichung der Zwecke der Verfahrensrüge	16
<u>C. Die Revisionsbegründungsfrist</u>	18
I. Rechtfertigung der fristgebundenen Revisionsbegründung	19
1. Das Begründungserfordernis	19

2. Die Fristgebundenheit der Revisionsbegründung	19
II. Vorbereitung der Revisionsbegründung zur Erhebung der Verfahrensrüge	20
1. Die Bedeutung der Hauptverhandlung	21
2. Die Bedeutung des Sitzungsprotokolls, der Gerichtsakten und der Urteilsgründe	23
a) Das Sitzungsprotokoll	23
b) Die Gerichtsakten	24
c) Die Urteilsgründe	24
d) Fazit des Abschnitts: Vorbereitung der Revisionsbegründung	25
2. Teil: Die Beantwortung der Fragestellung in Rechtsprechung und Literatur	26
1. Kapitel: Die Entwicklung innerhalb der Rechtsprechung	26
<u>A. Entscheidungen, in denen eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand abgelehnt wurde</u>	27
I. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	27
II. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	29
1. Die Grundsatzentscheidung	30
2. Die weitere Entwicklung der BGH-Rechtsprechung	32
3. Die formelle Grenze der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	34
III. Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	34
<u>B. Entscheidungen, in denen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt wurde</u>	35
I. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	35
II. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	36
1. Unechte Ausnahmeentscheidungen	37
2. Echte Ausnahmeentscheidungen	38

3. Entscheidungen, bei vorsätzlichem Verstrei- chenlassen der Revisionsbegründungsfrist	41
4. Zusammenfassung der Rechtsprechung des BGH	42
III. Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	44
1. Entscheidungen, die vom Grundsatz der BGH- Rechtsprechung ausgehen	44
2. Entscheidungen, die vom Grundsatz der BGH- Rechtsprechung abweichen	50
<u>C. Zusammenfassung der Rechtsprechung</u>	53
2. Kapitel: Die Entwicklung innerhalb der Literatur	55
<u>A. Die Auffassung, die der Grundsatzrechtsprechung des BGH im wesentlichen zustimmt</u>	55
<u>B. Die Auffassungen, die die herrschende Rechtsprechung ablehnen</u>	57
I. Die Auffassungen, die von einer uneingeschränk- ten Anwendbarkeit der Wiedereinsetzungsvor- schriften ausgehen	57
1. Die Lehre von der Teilversäumnis	57
a) Die Auffassung von Mannheim	58
b) Die Auffassung von Pentz	58
c) Die Auffassung von Heiner	60
2. Die Lehre von der Vollversäumnis	62
a) Die Auffassung von Kalthoener	62
b) Die Auffassung von Hilger	64
c) Die Auffassung von Lemke	65
II. Die Auffassungen, die der Grundsatzrechtsprech- ung des BGH zwar in der Argumentation, nicht aber in ihrem praktischen Ergebnis folgen	66
1. Die Auffassungen, die sich für eine uneinge- schränkte Anwendbarkeit der Wiedereinset- zungsvorschriften einsetzen bzw. sie für entbehrlich halten	66

b) Die formellen Voraussetzungen des § 45 StPO	85
2. Die streitige Fallkonstellation	86
a) Unterscheidung zwischen Frist und Prozeß- handlung	86
b) Schlußfolgerung für das Vorliegen einer relevanten Fristversäumnis in § 44 StPO	87
c) Ergebnis und abschließende Bewertung	90
2. Kapitel: Zur Frage von Ausnahmen von der Nichtanwendbar- keit der Wiedereinsetzungsvorschriften zum Zwecke des Nach- schiebens von Verfahrensrügen	92
A. Die Möglichkeit einer Anwendung der §§ 44 ff. StPO im Wege der Analogie	93
B. Zur Notwendigkeit einer verfassungskonformen Ausle- gung der §§ 44, 345 Abs. 1 StPO	95
I. Entbehrlichkeit einer verfassungskonformen Aus- legung der Wiedereinsetzungsvorschriften	95
II. Die Voraussetzungen einer verfassungskonformen Auslegung der Wiedereinsetzungsvorschriften	98
1. Wesen und Voraussetzungen einer Verfassungs- konformen Auslegung	99
2. Ist eine verfassungskonforme Auslegung nach der gegebenen Gesetzeslage überhaupt mög- lich?	102
3. Die Notwendigkeit einer verfassungskonformen Auslegung i.S. einer grundsätzlichen Anwend- barkeit der Wiedereinsetzungsvorschriften	103
4. Verfassungskonforme Auslegung der Wiederein- setzungsvorschriften nach vollzogene Inter- essenabwägung im Einzelfall	107
a) Voraussetzungen einer erweiternden Ausle-	

gung der §§ 44, 345 Abs. 1 StPO nach Abwägung der sich gegenüberstehenden Interessen im Einzelfall	107
aa) Die einer zu vollziehenden Abwägung zugrunde liegenden Interessen	108
aaa) Die Verfassungsgrundsätze, die die den Interessen des Angeklagten zugrunde liegen	109
(1) Das Rechtsstaatsprinzip	109
(a) Die Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes	110
(b) Der Anspruch auf rechtliches Gehör	111
(c) Das "Gebot eines fairen Verfahrens"	114
(2) Die Unverletzlichkeit der Menschenwürde	116
(3) Zusammenfassung	117
bbb) Die Verfassungsgrundsätze, die dem öffentlichen Interesse zugrunde liegen	119
(1) Der Grundsatz der Rechtssicherheit	119
(2) Der Grundsatz der Prozeßbeschleunigung	121
ccc) Zusammenfassung und abschließende Bewertung Verfassungsgrundsätze, die den sich gegenüberstehenden Interessen zugrunde liegen	122
bb) Die Durchführung der Interessenabwägung	125

aaa) Die verspätete Anbringung der Verfahrensrüge geht auf Umstän- de zurück, die weder im Macht- bereich des Angeklagten noch in dem seines Verteidigers ge- legen haben	126
(1) Die abstrakte Abwägung	126
(2) Die konkrete Abwägung	130
(a) Das Fehlen der für die Re- visionsbegründung erfor- derlichen Unterlagen	132
(α) Das fehlende Sit- zungsprotokoll	132
(β) Die fehlenden Ge- richtsakten	135
(b) Andere Ausnahmesituatio- nen	136
(α) Persönlicher Ausfall des Verteidigers in- nerhalb der Frist des § 345 Abs. 1 StPO	137
(β) Vorliegen von Amts- verschulden	137
*Fehler bei der Post- beförderung	138
*Fehler und Verzöger- ungen im Amtsbetrieb des Gerichts	140
(γ) Die Änderung der Rechtsprechung	141
(3) Zusammenfassung	142
bbb) Die verspätete Anbringung der	

Verfahrensrüge geht auf Umstände zurück, die zwar nicht im Machtbereich des Angeklagten, aber in der seines Verteidigers gelegen haben	144
(1) Die abstrakte Abwägung	144
(a) Das klassische Verteidigerverschulden	145
(α) Die Rechtslage im Zivilprozeß	145
(β) Die Rechtslage im Strafprozeß	145
(χ) Übertragung dieses Grundsatzes auf die Frage der Anwendbarkeit der Wiedereinsetzungsvorschriften	147
(b) Das Verschulden des Verteidigers liegt in einer qualitativ schlechten Revisionsbegründung	149
(c) Ergebnis	155
(2) Die konkrete Abwägung	155
(a) Das Verschulden des Verteidigers liegt in einer qualitativ schlechten Revisionsbegründung	156
(b) Sonstiges Verschuldensgesichtspunkte	157
(3) Zusammenfassung	159
ccc) Die verspätete Anbringung der Verfahrensrüge geht auf Umstän-	

de zurück, die in dem Machtbereich des Angeklagten und des Vertei- digers gelegen haben	160
(1) Die abstrakte Abwägung	161
(2) Die konkrete Abwägung	162
(3) Zusammenfassung	166
ddd) Die verspätete Anbringung der Verfahrensrüge geht allein auf Umstände zurück, die der Ange- klagte zu vertreten hat	168
eee) Zusammenfassung und Ergebnis der vorzunehmenden Interessen- abwägung einschließlich einer übergreifenden Bewertung	168
b) Notwendigkeit einer gesetzlichen Regel- ung?	174
c) Notwendigkeit der Verlängerung der Re- visionsbegründungsfrist	175
C. Die tatbestandlichen Voraussetzungen der Wiederein- setzung in den vorigen Stand	177
D. Die zeitliche Grenze der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	179
 <i>3. Kapitel: Ergebnis der Fragestellungen und Ausblick auf die zukünftige Rechtspraxis</i>	 181